



## **Medienmitteilung des Gewerkschaftsbundes Kanton Solothurn**

### **Klares NEIN zum bürgerlichen „Steuerbschiss“**

Der Gewerkschaftsbund Kanton Solothurn (GbS) freut sich über die klaren Voten der Bevölkerung gegen die Unternehmenssteuerreform III (USR III) und für die erleichterte Einbürgerung.

#### **Zurück an den Absender**

Das deutliche Nein zur USR III zeigt: Eine generelle Steuersenkung für finanzstarke Unternehmen und ihre Aktionäre auf Kosten der Allgemeinheit wird vom Volk nicht akzeptiert. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben damit klar deklariert, dass sie nicht bereit sind, weitere Lasten auf sich zu nehmen, während der oberen Schicht Steuergeschenke zugeschanzt werden.

Auch Unternehmen müssen Steuern zahlen und ihren Beitrag an die öffentlichen Dienstleistungen und Infrastruktur leisten. Es braucht nun eine zielgerichtete Unternehmenssteuerreform, welche die heutigen Privilegien abschafft, ohne dass Steuerausfälle resultieren. Allfällige Kosten müssen von den Firmen und den Aktionären getragen werden. Für die Arbeitnehmenden braucht es konkrete Entlastungen. Etwa durch höhere Krankenkassen-Prämienverbilligungen, Kinderzulagen und mehr bezahlbare Kinderbetreuungsplätze.

Die neue USR III soll nur Massnahmen enthalten, welche bei der Aufhebung der Privilegien für Statusgesellschaften auch tatsächlich nötig sind.

Dass eine Politik auf Kosten der Normalverdienenden von der Bevölkerung nicht getragen wird muss das Parlament auch in Bezug auf die Altersvorsorge 2020 Rechnung zur Kenntnis nehmen.

#### **Ein würdiger Entscheid zugunsten der dritten Generation**

Auch zur erleichterten Einbürgerung sagte das Solothurner Stimmvolk mit 54,5% klar ja. Dies entspricht in etwa dem schweizerischen Durchschnitt. Der GbS ist über diesen Entscheid sehr froh, und erachtet diesen als Schritt in die richtige Richtung.

Der GbS wird sich auch in Zukunft weiter für eine erleichterte Einbürgerung von Migrantinnen der zweiten Generation stark machen. Wer hier über Jahrzehnte lebt und arbeitet, soll auch an politischen Entscheiden teilnehmen können.

Solothurn, 12.02.2017

Für weitere Auskünfte:

- Markus Baumann, Präsident Gewerkschaftsbund Kanton Solothurn, 079 435 64 47